

## **Entwicklung der öffentlichen Ausgaben für Sport im vereinten Deutschland**

Gerd Ahlert und Britta Stöver



**Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung mbH**

Heinrichstr. 30

D - 49080 Osnabrück

Gerd Ahlert ( [ahlert@gws.os.de](mailto:ahlert@gws.os.de) )

Britta Stöver ( [stoever@gws.os.de](mailto:stoever@gws.os.de) )

Tel.: +49 (541) 40933-17

Fax: +49 (541) 40933-11

Internet: [www.gws-os.de](http://www.gws-os.de)

Osnabrück, im Dezember 2008

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>INHALTSVERZEICHNIS .....</b>	<b>III</b>
<b>1 EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
<b>2 ENTWICKLUNG DER NETTOAUSGABEN DER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN NACH SPORTSPEZIFISCHEN AUFGABENBEREICHEN .....</b>	<b>2</b>
<b>3 UNMITTELBARE SPORTSPEZIFISCHE AUSGABEN DER BUNDESLÄNDER UND DES BUNDES .....</b>	<b>9</b>
<b>4 ANALYSE DER SPORTSPEZIFISCHEN AUSGABEN NACH AUSGABENARTEN.....</b>	<b>14</b>
4.1 EIN ERSTER ÜBERBLICK ÜBER DIE AUSGABENSTRUKTUREN .....	14
4.2 DIE ENTWICKLUNG DER AUSGABENSTRUKTUREN NACH BUNDESLÄNDERN .....	18
<b>5 FAZIT .....</b>	<b>20</b>
<b>LITERATUR .....</b>	<b>22</b>

## 1 EINLEITUNG

Die öffentliche Sportförderung genießt eine hohe gesellschaftliche Anerkennung. Es besteht Einigkeit darüber, dass der Sport in seinen variantenreichen Facetten, insbesondere aber der Breitensport, vielfältigen Nutzen stiftet. Er vermittelt spielerisch Tugenden wie Respekt und Fairness, Körperbewusstsein und Leistungsbereitschaft. Neben den positiven Effekten für die Volksgesundheit ist vor allem auch seine sozio-integrative Funktion hervorzuheben.

Im Bewusstsein darüber, dass der Sport als Konsumaktivität von seinen Produkteigenschaften her ein meritorisches Gut<sup>1</sup> mit positiven Gemeinwohleigenschaften ist, engagiert sich der Staat üblicherweise in der Sportförderung durch Bereitstellung einer Basisinfrastruktur an Sportanlagen und -geräten (objektbezogene Sportförderung) und Betreuern und Trainern (subjektbezogene Sportförderung). Darüber hinaus bezuschusst der Staat den weitestgehend ehrenamtlich organisierten Sport der Sportvereine und -verbände durch mittelbare und unmittelbare Transferleistungen (vgl. Langer 2006, S. 121). Unter anderem gewährt der Staat Steuervorteile für die gemeinnützigen Sportvereine, stellt seine Sportanlagen den Sportvereinen kostenlos oder stark vergünstigt zur Verfügung oder aber bezuschusst direkt die Vereins- und Verbandsarbeit. Dennoch darf nicht verkannt werden, dass sich die Sportvereine primär durch Zahlungen ihrer Mitglieder finanzieren (vgl. Breuer & Wicker 2008, S. 18).

Mit dem im Jahre 2002 veröffentlichten Sportstättenbericht wurde eine sehr detaillierte Bestandsaufnahme und Zustandbeschreibung der öffentlichen Sportinfrastrukturanlagen vorgenommen (vgl. Sportministerkonferenz der Länder, Deutscher Sportbund & Deutscher Städtetag [SMK] 2002). Die Autoren der Studie kamen zu dem Ergebnis, dass von den untersuchten rund 35.400 Sporthallen, 33.100 Sportplätzen und 6.700 Hallenbädern in den nächsten fünf Jahren bundesweit knapp 40 % renoviert oder gar saniert werden müssen (SMK 2002, 29f). Auf der Grundlage der Sportstättenstatistik hat Jägemann im Jahr 2005 einen Sanierungsbedarf für alle Kernsportanlagen in Höhe von ca. 26 Mrd. Euro ermittelt. Das Deutsche Institut für Urbanistik kommt in einer jüngst veröffentlichten Analyse zu dem Ergebnis, dass sich der kommunale Investitionsbedarf im Sportbereich bis zum Jahr 2020 auf insgesamt 35,3 Mrd. Euro beläuft (vgl. Reidenbach et al. 2008, S. 272ff). Nach seinen Schätzungen entfällt mit ca. 23,8 Mrd. Euro das Gros auf Ersatzinvestitionen. Weitere 7 Mrd. Euro müssten nach der Bedarfsrechnung in Erweiterungsmaßnahmen investiert werden. Darüber hinaus diagnostizieren die Autoren einen entsprechend den Richtwerten des Goldenen Plans ermittelten Nachholbedarf in Höhe von 4,4 Mrd. Euro.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> In der ökonomischen Theorie werden Güter als meritorische Güter bezeichnet, wenn der Bürger ihre Nützlichkeit unterschätzt und deren Bereitstellung die Gesellschaft zu begünstigen sucht (Musgrave, Musgrave & Kulmer 1987, S. 100).

<sup>2</sup> Die Methode des Goldenen Plans bestimmt den kommunalen sportstätten-spezifischen Bedarf in Abhängigkeit eines Systems von einwohnerzahlabhängigen Richtwerten (vgl. Reidenbach et al. 2008, S. 271).

Es stellt sich nun die Frage, ob die derzeit vom Staat getätigten sportspezifischen Ausgaben den identifizierten sportspezifischen Investitionsbedarf befriedigen können. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden eine detaillierte Bestandsaufnahme und Analyse der durch die Öffentliche Hand getätigten Ausgaben für Sportzwecke vorgenommen. Dazu wurden die sportspezifischen Detailergebnisse der Rechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte für den Gesamtzeitraum 1992 bis 2005 ausgewertet.<sup>3</sup> Abschnitt 2 befasst sich zunächst mit der Entwicklung der sportbezogenen Nettoausgaben der Gebietskörperschaften für die drei sportspezifischen Ausgabenkategorien „Badeanstalten“, „Sportstätten“ und „Förderung des Sports“. Innerhalb des dritten Abschnitts werden anschließend die unmittelbaren Ausgaben des Bundes und der 16 Bundesländer für Sportzwecke betrachtet und abschließend den zugeordneten Einnahmen gegenüber gestellt. Im darauf folgenden Abschnitt 4 erfolgt eine vertiefte Analyse der Ausgabenstrukturen nach Ausgabenarten. Auch hier werden wieder Entwicklungen auch für die Ebene der Bundesländer separat dargestellt.

Generell lässt sich beobachten, dass sich die sportspezifischen Ausgaben des Staates binnen der letzten Jahre unter Berücksichtigung von Preiseffekten eindeutig rückläufig entwickelt haben. Lediglich am aktuellen Rand im Jahr 2005 zeichnen sich leichte positive Veränderungen ab. Auch zeigt sich, dass die Entwicklung der Ausgaben des Staates für Sportzwecke in den vergangenen Jahren hinter seiner allgemeinen Ausgabenentwicklung zurückgeblieben ist, d.h. das der Sport im Wettbewerb um öffentliche Finanzmittel nicht „gewonnen“ hat. Darüber hinaus werden die derzeit eingesetzten öffentlichen Mittel für investive Sportinfrastrukturmaßnahmen bei weitem nicht ausreichen, um den innerhalb der Sportstättenstatistik identifizierten Sanierungsstau längerfristig abzubauen.

## **2 ENTWICKLUNG DER NETTOAUSGABEN DER GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN NACH SPORTSPEZIFISCHEN AUFGABENBEREICHEN**

In Tabelle 1 wird exemplarisch für das Jahr 2005 ein Überblick über die öffentlichen Ausgaben für sportspezifische Aufgabenbereiche wie Badeanstalten, Sportstätten und die Förderung von Sport gegeben.<sup>4</sup> Bei den entsprechenden Angaben handelt es sich um Nettoausgaben, welche um Zahlungen von anderen öffentlichen Bereichen bereinigt worden sind. Sie zeigen somit die aus eigenen Einnahmequellen der jeweiligen Körperschaften oder Körperschaftsgruppen finanzierten Ausgaben. Bund, Länder und Gemeinden stellten 2005 Mittel in Höhe von knapp 3,85 Mrd. Euro für den Sport zur

---

<sup>3</sup> Die Detailergebnisse werden vom Statistischen Bundesamt mit einer zeitlichen Verzögerung von ca. 2,5 Jahren veröffentlicht.

<sup>4</sup> In Bundesländern, in denen zur Förderung des Sports unmittelbar Anteile von Gewinnspielerträgen verwendet werden, werden diese nicht in der Öffentlichen Rechnungsstatistik des Statistischen Bundesamtes erfasst. Dieses gilt derzeit beispielsweise für das Saarland, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Ähnliches gilt auch für Brandenburg (ab 2004). Ein Gesamtüberblick über die auf diesem Weg dem Sport zugute kommenden Finanzmittel liegt leider nicht vor.

Verfügung. Entsprechend der Aufgabenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften entfällt der größte Teil der öffentlichen Ausgaben für Sport auf Länder und Gemeinden.

**Tabelle 1: Ausgaben der Gebietskörperschaften nach sportspezifischen Aufgabenbereichen im Jahr 2005 (Nettoausgaben) in Mill. Euro**

	Zweckverbände	Gemeinden	Länder	Bund	Insgesamt
Badeanstalten	18,0	990,0	43,0	0,0	1051,0
Sportstätten	1,1	1202,0	580,7	29,3	1813,1
Förderung des Sports	0,0	604,7	282,7	98,8	986,3
<b>INSGESAMT</b>	<b>19,1</b>	<b>2796,8</b>	<b>906,4</b>	<b>128,1</b>	<b>3850,4</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a

Im Einzelnen (vgl. Tabelle 1) kommt den Gemeinden die wichtigste Stellung hinsichtlich der Mittelvergabe zu. In allen Aufgabebereichen leisten sie den höchsten Anteil an Nettoausgaben. Insbesondere Badeanstalten sind auf die Geldmittel der Gemeinden, die ca. 95% der Nettoausgaben tragen, angewiesen (vgl. Tabelle 2). Aber auch bei Sportstätten und der Förderung des Sports liegt der Anteil um 70% und gut 60%. Intern verteilen die Gemeinden die verfügbaren Mittel zu Lasten der Badeanstalten deutlich um. Während 1995 die Nettoausgaben auf Gemeindeebene noch zu 43,5% an Schwimm- und Hallenbäder gingen, verringerte sich dieser Anteil bis 2005 sukzessive auf 35,5% (vgl. Tabelle 3). Die freiwerdenden Mittel wurden aber nicht an die anderen sportspezifischen Aufgabebereiche weitergereicht, sodass die Nettoausgaben seit 2003 insgesamt zurückgehen. Weniger betroffen von dieser Entwicklung ist der subjektorientierte Bereich der Förderung des Sports, der immer noch eine tendenziell steigende Unterstützung erfährt.

Als zweitwichtigster Mittelgeber sind die Länder zu nennen. Ihr Anteil an den Nettoausgaben liegt bei ca. 4% und 30% bei den Badeanstalten und der Förderung des Sports. Die Beteiligung bei den Sportstätten wurde zwischen 1995 und 2004 kontinuierlich zurückgefahren und lag 2004 zuletzt bei knapp 17%. Aufgrund erster politischer Maßnahmen infolge der Ende des Jahres 2002 von der Sportministerkonferenz veröffentlichten Sportstättenstatistik, welche den baulichen Zustand vieler Anlagen als marode identifiziert hat, und damit einhergehenden Sanierungsmaßnahmen stieg der Anteil 2005 deutlich auf 32%. Insgesamt engagierten sich die Länder von 1995 bis 2004 mit jeweils fast der Hälfte ihres gesamten Nettobudgets für die objektorientierte Förderung von Sportstätten und die subjektorientierte Förderung des Sports. Durch die oben angesprochenen Maßnahmen haben sich die internen Ausgabenanteile allerdings zu Gunsten der Sportstätten verschoben, auf die nun ein Anteil von 64% entfällt. Im Zeitverlauf betrachtet lässt sich ein Rückgang der gesamten Nettoausgaben beobachten, eine Entwicklung, die nur 2005 durch die hohen Mehraufwendungen bei den Sportstätten durchbrochen wurde. Getragen wird sie fast hauptsächlich durch Einsparungen bei Badeanstalten und Sportstätten, die subjektorientierten Ausgaben zur Förderung des Sports sind wie zuvor schon bei den Gemeinden relativ unbeeinträchtigt.

Zweckverbände und der Bund leisten vergleichsweise kleine Beiträge zum Sport. Ihr Anteil an den gesamten Nettoausgaben liegt bei unter 1% bzw. um 3%, wobei Erstere ihr Hauptbetätigungsfeld bei den Badeanstalten und Letzterer bei der Förderung des [Spitzen-] Sports sehen. Durch das Sparen von Ländern und Gemeinden auf dem Gebiet der Badeanstalten, übernehmen die Zweckverbände hier immer größere Anteile. Auch intern stellen die Zweckverbände immer mehr Geldmittel zur Verfügung, deren absolute Höhe

aber viel zu niedrig ist, um die Einsparungen auf anderer Seite ausgleichen zu können. Auch auf Bundesebene steigen die Nettoausgaben leicht an, mit einer Sonderentwicklung zwischen 2001 und 2003. Letztere lässt sich insbesondere durch die WM-Stadienmaßnahmen des Bundes in Berlin und Leipzig erklären. Eine Erhöhung der Nettoausgaben bei den Sportstätten 2001 um 139% und 2002 um weitere 15% führte zu einem kurzfristigen Anschwellen der Aufwendungen, die sich 2003 aber wieder auf das ursprüngliche Maß reduzierten.

**Tabelle 2: Anteil der Gebietskörperschaften an den Ausgabenbereichen für die Jahre 1995, 2000 und 2005 (in %)**

	Zweckverbände			Gemeinden			Länder			Bund			Insgesamt		
	1995	2000	2005	1995	2000	2005	1995	2000	2005	1995	2000	2005	1995	2000	2005
Badeanstalten	0,4	0,4	1,7	95,5	94,7	94,2	4,1	4,8	4,1	0,0	0,0	0,0	35,4	34,2	27,4
Sportstätten	0,1	0,1	0,1	72,1	78,4	66,3	25,7	18,9	32,0	2,2	2,7	1,6	41,6	41,9	47,2
Förderung des Sports	0,0	0,0	0,0	60,5	60,6	61,3	31,0	30,6	28,7	8,5	8,8	10,0	23	23,9	25,7
<b>Insgesamt</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,5</b>	<b>77,7</b>	<b>79,7</b>	<b>72,6</b>	<b>19,2</b>	<b>16,9</b>	<b>23,6</b>	<b>2,9</b>	<b>3,2</b>	<b>3,3</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen

**Tabelle 3: Anteile der Ausgabenbereiche an den sportspezifischen Gesamtausgaben der jeweiligen Gebietskörperschaften für 1995, 2000 und 2005 (in %)**

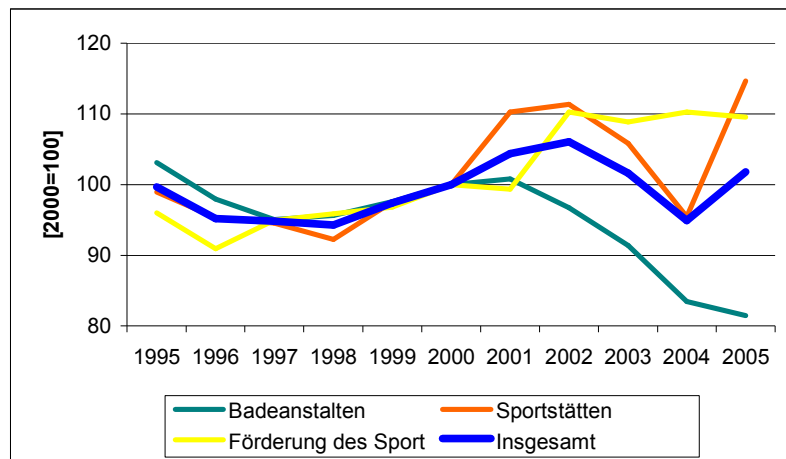
	Zweckverbände			Gemeinden			Länder			Bund			Insgesamt		
	1995	2000	2005	1995	2000	2005	1995	2000	2005	1995	2000	2005	1995	2000	2005
Badeanstalten	83,3	81,8	94,1	43,5	40,6	35,5	7,5	9,8	4,7	0,0	0,0	0,0	35,4	34,2	27,4
Sportstätten	16,7	17,6	5,7	38,6	41,2	43,1	55,5	46,9	64,1	31,9	34,8	22,8	41,6	41,9	47,2
Förderung des Sports	0,0	0,6	0,2	17,9	18,1	21,7	37,0	43,3	31,2	68,1	65,2	77,2	23	23,9	25,7
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen

Neben den in Tabelle 1 und Tabelle 2 dargestellten unmittelbaren Ausgaben der Gebietskörperschaften für Sport werden aber auch mittelbar im Rahmen der sportlichen Erziehung und Ausbildung an Schulen und Universitäten Ausgaben für den Sport getätigt. Leider lassen sich diese an öffentlichen Bildungseinrichtungen anfallenden sportbezogenen Aufwendungen nicht mittels der Rechnungsstatistik der öffentlichen Haushalte separieren. Ohne Zweifel hat aber der Schulsport für lebenslanges Sporttreiben eine Schlüsselfunktion und ist darüber hinaus der zentrale Ort, an dem frühzeitig sportliche Talente entdeckt und gefördert werden können.

Betrachtet man die Entwicklung der Nettoausgaben für Sportzwecke insgesamt über alle öffentlichen Haushalte in Abbildung 1, unterliegt die Ausgabenhöhe zyklischen Schwankungen. So wurde ihr sportspezifisches Budget ab 1996 erst kontinuierlich gekürzt, um mit dem Jahr 1999 wieder anzusteigen und 2000 die Höhe von 1995 (3,8 Mrd. Euro) zu erreichen. Das wachsende Engagement der öffentlichen Haushalte endet 2003 bei 4 Mrd. Euro und fällt bis 2004 auf den niedrigen Stand von 1996 (3,6 Mrd. Euro). Diese negative Entwicklung wird 2005 bereits wieder mit einem Anstieg um 7,2% auf 3,8 Mrd. Euro gebrochen, der aber überwiegend von den Ländern durch die Ausgaben im Zusammenhang mit Sportstätten getragen wird.

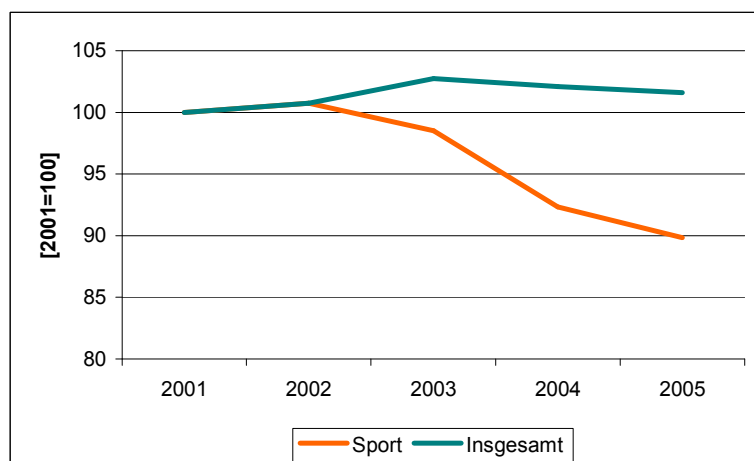
**Abbildung 1: Entwicklung der Nettoausgaben für Sport insgesamt sowie seiner Komponenten, Index 2000=100**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen

Vergleicht man die Entwicklung der sportbezogenen Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte mit ihren gesamten Nettoausgaben für die Jahre 2001 bis 2005, zeichnet sich allerdings ein Bedeutungsverlust des Sports ab, der sich in Einsparungen bei den Sportausgaben bei gleichzeitig relativ unveränderten Gesamtausgaben manifestiert (vgl. Abbildung 2). Im Einzelnen lässt sich diese Entwicklung bei den Gemeinden am deutlichsten erkennen. Während die gesamten Nettoausgaben erst seit 2004 langsam eingeschränkt werden, wird besonders aufseiten des Sports seit 2002 deutlich gekürzt (-10,8%). Die massiven Ausgabenkürzungen auf kommunaler Ebene wirken aufgrund ihres äußerst hohen Ausgabenanteils von weit über 70% an allen sportbezogenen Ausgaben der öffentlichen Hand besonders drastisch.

**Abbildung 2: Entwicklung der Nettoausgaben der Gemeinden zwischen 2001 und 2005, Index 2001=100**

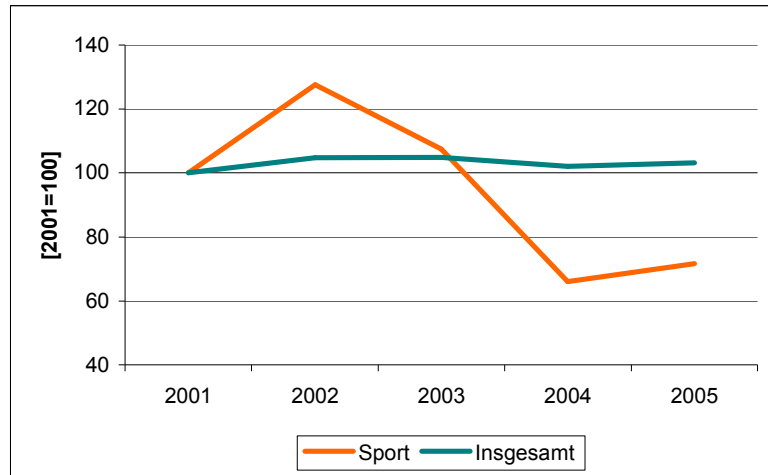


Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

Ähnlich verhält es sich beim Bund (-28,3% zwischen 2001 und 2005), auch wenn sich dort eine leichte Belebung durch die Vorbereitungen auf die Fußballweltmeisterschaft 2006 und die Olympischen Spiele in Athen in 2004 abzeichnet (vgl. Abbildung 3). Zu betonen ist jedoch, dass der Bund seine Gesamtausgaben tendenziell eher erhöht hat

(+3,2% über den betrachteten Zeitraum), sodass sich die leichte abnehmende Relevanz des Sports noch stärker abzeichnet.

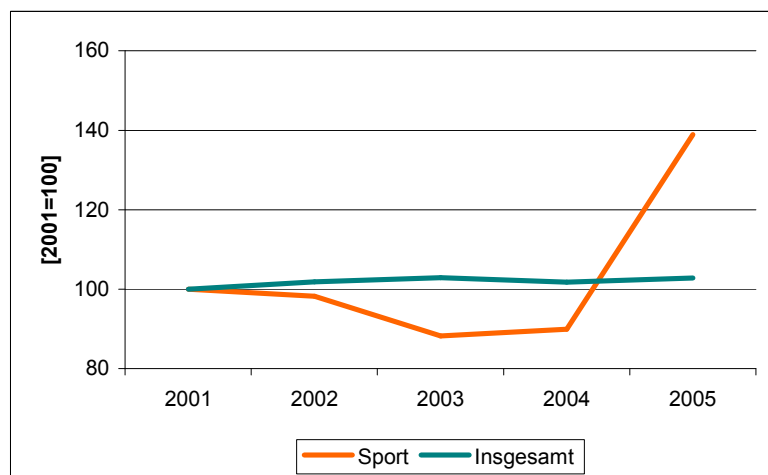
**Abbildung 3: Entwicklung der Nettoausgaben des Bundes zwischen 2001 und 2005, Index 2001=100**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

Ein wenig entspannter gibt sich die Situation bei den Ländern (vgl. Abbildung 4). Während die gesamten Nettoausgaben zwischen 2001 und 2005 annähernd unverändert blieben, wurde das Budget für Sport nur kurzfristig eingeschränkt und ab 2004 großzügig aufgestockt, sodass sich insgesamt ein Wachstum von 38,9% ergibt. Die hohen zusätzlichen Ausgaben bei den Sportstätten deuten daraufhin, dass in einigen Bundesländern spezifische Ausgabenprogramme zur Sanierung der Sportstätteninfrastruktur aufgelegt wurden. Daneben treten natürlich auch hier und dort einmalige Ausgaben in Vorbereitung auf die Fußballweltmeisterschaft 2006. Die weitere Entwicklung auf Länderebene bleibt mit einer Erweiterung des Datensatzes abzuwarten, eine ebenfalls rückläufige Entwicklung ist jedoch bei den knappen Kassen einiger Länder wahrscheinlich.

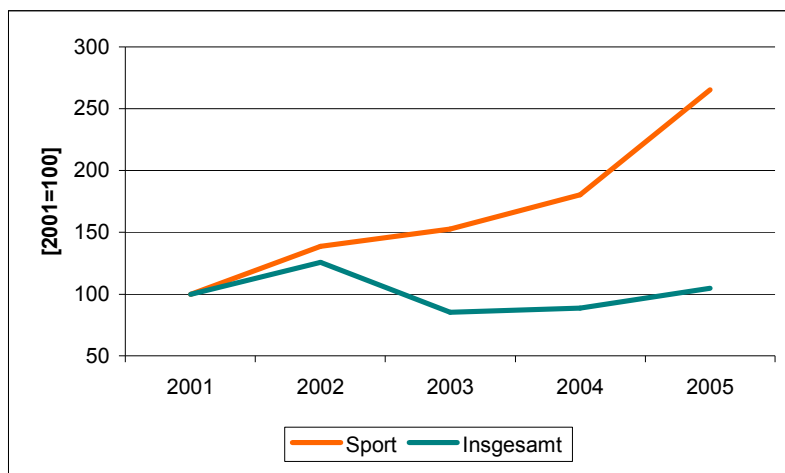
**Abbildung 4: Entwicklung der Nettoausgaben der Länder zwischen 2001 und 2005, Index 2001=100**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

Einzig bei den Zweckverbänden ist, wie in Abbildung 5 zu erkennen, eine deutliche Ausweitung der Nettoausgaben für Sport im Verhältnis zu ihrem Gesamtbudget festzustellen. Zwischen 2001 und 2005 wurde von den Zweckverbänden 165,5% mehr für Sport ausgegeben, während ihre Gesamtausgaben nur um 4,7% gestiegen sind. Das Ausgabenwachstum kommt insbesondere den Badeanstalten zugute. Im Jahr 2005 wurden ca. 18 Mill. Euro für diese Ausgabenposition aufgewendet. Durch die im Vergleich zu den anderen öffentlichen Haushalten allerdings nur niedrige absolute Ausgabenhöhe kann sich die Situation des Sports dadurch jedoch nicht ausschlaggebend ändern.

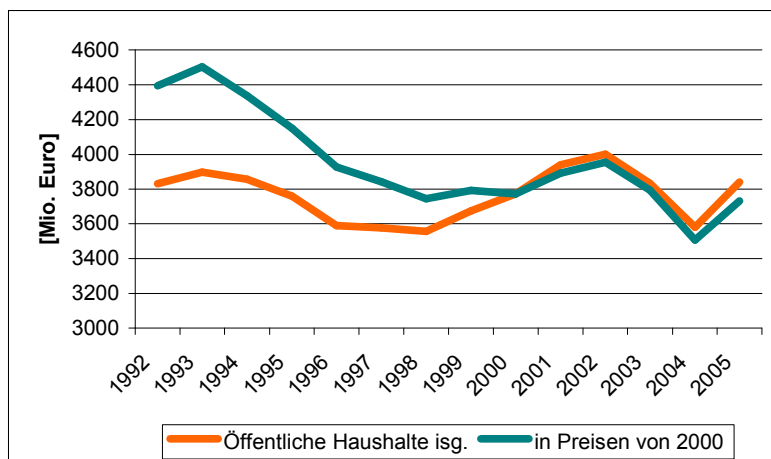
**Abbildung 5: Nettoausgaben der Zweckverbände zwischen 2001 und 2005, Index 2001=100**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

Auch preisbereinigt tritt eine deutlich abnehmende Tendenz der sportspezifischen Nettoausgaben zu Tage (vgl. Abbildung 6). So nimmt der Wert der um Inflationseffekte preisbereinigten Nettoausgaben tendenziell immer weiter ab und erreicht 2004 einen Tiefpunkt, der deutlich unter dem niedrigen Stand von 1998 liegt.

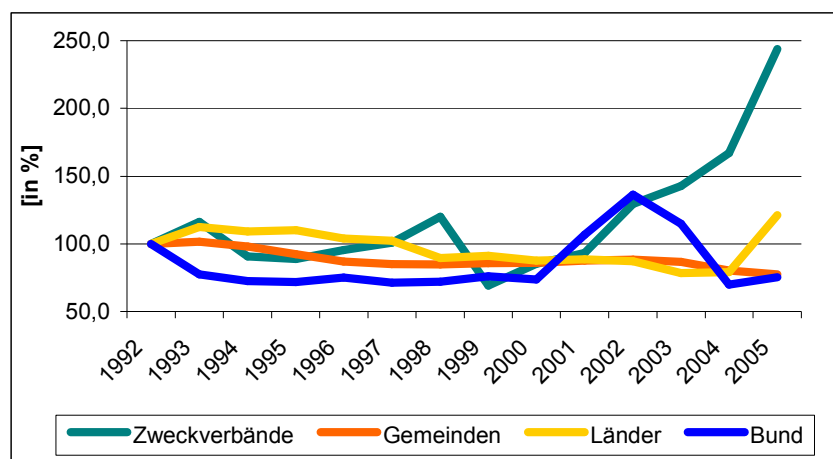
**Abbildung 6: Vergleich der Entwicklung der sportspezifischen Nettoausgaben der öffentlichen Haushalte insgesamt im Zeitraum 1992 – 2005; Angaben jeweiligen Preisen sowie in Preisen von 2000**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, 2008b, eigene Berechnungen.

Im Einzelnen lässt sich die Entwicklung vor allem auf das Ausgabenverhalten der Länder, aber auch des Bundes zurückführen. In Abbildung 7 wird für die verschiedenen öffentlichen Hände aufgezeigt, wie sich ihre preisbereinigten realen Ausgaben zugunsten des Sports im Zeitraum 1992 bis 2005 entwickelt haben. Die Angaben wurden dazu auf das Jahr 1992 indexiert. Diese Vorgehensweise bringt zum Vorschein, dass insbesondere die Länder bis 2004 und die Gemeinden über den gesamten Zeitraum ihre Ausgaben deutlich reduziert haben. So haben die Länder bis zum Jahr 2004 ihre realen Sportausgaben sukzessive auf knapp 80 % des Indexjahres 1992 vermindert, d.h., im Jahr 2004 wurden von den Ländern im Vergleich zum Jahr 1992 real ca. 20 % weniger Ausgaben für den Sport getätigt. Erst mit dem markanten Ausgabenanstieg im Jahr 2005 überstiegen die preisbereinigten Ausgaben erstmals seit langem wieder das Niveau des Jahres 1992. Das Budget wurde auf gut 120% der Ausgangssituation aufgestockt. Die Gemeinden als Vergleich haben zwar ihren Beitrag zum Sport nur 1995 und 1996 um gut 10% reduziert und hielten ihn dann lange Zeit annähernd konstant, mit den Jahren 2004 und 2005 setzten aber wieder Kürzungen ein, wodurch sie erst nur noch knapp 80% und schließlich 75% der ursprünglichen Sportausgaben aufgebracht haben. Die Ausgaben des Bundes wiederum lagen 2004 sogar 30% und 2005 trotz kurzfristiger Aufstockung immer noch 25% unter dem Ausgangsbudget von 1992. Zwischenzeitlich war es insbesondere aufgrund WM-bedingter Stadionbaumaßnahmen in Berlin und Leipzig zwar auf 140% angestiegen, diese Entwicklung blieb aber ein einmaliger Ausreißer. Einzig die Zweckverbände haben ihre Nettoausgaben für den Sport 2004 auf ca. 165% und 2005 sogar auf gut 240% ausgeweitet. 1999 machte es noch den Anschein, als wollten sie sich aus der Förderung des Sports dauerhaft zurückziehen. Letzteres wäre aber vor dem Hintergrund der im Sportstättenbericht im Jahr 2002 identifizierten äußerst maroden Schwimmbäder, welche schon in der Vergangenheit Betätigungsschwerpunkt der kommunalen Zweckverbände waren, verantwortungslos.

**Abbildung 7: Entwicklung der preisbereinigten öffentlichen Ausgaben (Nettoausgaben) für Sportzwecke der einzelnen Gebietskörperschaften zwischen 1992 und 2005, 1992=100**



Quellen: Statistisches Bundesamt 2008a, 2008b; eigene Berechnungen.

### 3 UNMITTELBARE SPORTSPEZIFISCHE AUSGABEN DER BUNDESLÄNDER UND DES BUNDES

Die Gesamtbetrachtung der Ausgabenentwicklung für die einzelnen gebietskörperschaftlichen Ebenen des vorangegangenen Kapitels kann nur einen groben Überblick geben. Im Detail stellt sich die Ausgabensituation zwischen den einzelnen Bundesländern sehr viel differenzierter dar. Ein Blick auf Tabelle 1 offenbart, dass es auf der Ebene der Bundesländer erhebliche Unterschiede im Rahmen der öffentlichen Sportförderung gibt.

Während 2005 für die Bundesrepublik insgesamt die unmittelbaren öffentlichen Ausgaben für Sport mit einem Gesamtvolumen von 3,51 Mrd. einen direkten Anteil von knapp 0,2 % an der gesamtdeutschen Leistungserstellung hatten, konnten für die einzelnen Bundesländer beträchtliche Abweichungen von diesem gesamtdeutschen Durchschnittswert ermittelt werden. Insgesamt zeigt sich, dass in den neuen Bundesländern der Anteil der sportspezifischen öffentlichen Sportausgaben am entsprechenden regionalen Inlandsprodukt mit 20% gegenüber 14% bei den alten Ländern deutlich höher ist. Dieses gilt jedoch nicht für die unmittelbaren Ausgaben je Einwohner. So wurden in den neuen Ländern mit insgesamt knapp 41 Euro je Einwohner geringfügig weniger als im früheren Bundesgebiet ausgegeben.

Generell sind die Abweichungen innerhalb der Bundesländer, unabhängig von der geographischen Zuordnung, sehr groß. Absolut stellen Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg mit 0,7 Mrd. Euro und 0,6 Mrd. Euro die höchsten unmittelbaren Fördermittel zur Verfügung. Im Vergleich dazu wenden Bremen und das Saarland mit Beträgen von 0,2 Mrd. Euro und 0,5 Mrd. Euro nur sehr Mittel wenig auf. Misst man die Höhe der Ausgaben allerdings am Bruttoinlandsprodukt (BIP), kann sich Bremen mit 3,2% plötzlich an der Spitze positionieren. Bayern und Schleswig-Holstein hingegen verteilen nur jeweils 0,1% ihres BIPs an den Sport und bilden damit die Schlusslichter. Auch auf die Köpfe umgerechnet gibt Schleswig-Holstein mit 30,39 Euro pro Einwohner nur sehr wenig aus. Sparsamer ist nur noch die Hansestadt Hamburg mit einem Betrag von 16,10 Euro, wobei dieser niedrige Wert sicherlich zu weiten Teilen auch vor dem Hintergrund städtischer Agglomerationsvorteile gesehen werden muss. Die Einwohner von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz wiederum können sich über die großzügigsten unmittelbaren Ausgaben hinsichtlich des Sports freuen (58,44 Euro bzw. 49,27 Euro). Die hohe Diskrepanz der Pro-Kopf-Ausgaben fällt noch mehr auf, wenn man den Durchschnittswert für Gesamtdeutschland (42,61 Euro) betrachtet. Die Höhe wird von nur sechs Ländern (Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen-Anhalt) bestimmt, die pro Einwohner zwischen 44,31 Euro und 58,44 Euro für die Sportförderung ausgeben. Die übrigen Länder liegen mit Ausnahme von Sachsen (42,25 Euro) deutlich unter dem Mittelwert. Die ungleiche Verteilung lässt sich allerdings weder mit der Einwohnerdichte noch mit dem Gesamtbudget für alle in den Bundesländern unmittelbar anfallenden Ausgaben erklären. Auch wurde pro Einwohner im Vergleich zum Vorjahr bei fast allen Ländern weniger Geld bereitgestellt. Die einzigen Bundesländer, in denen den Mitbürgern eine deutliche Ausweitung der Sportausgaben zugute kam, waren Rheinland-Pfalz (+14,9%), Berlin (+13%), Bremen (+ 23,5%) und Hamburg (16,7%).

Die durchschnittliche Entwicklung über den Zeitraum 1995 bis 2005 macht zudem deutlich, dass die unmittelbaren Ausgaben sowohl im Verhältnis zum BIP als auch zu den

Einwohnern von der Mehrheit der Bundesländer immer weiter gekürzt werden. Dies gilt unabhängig von ost- oder westdeutscher Zugehörigkeit. Im Einzelnen fallen besonders bei der absoluten Veränderung Berlin, Sachsen und Thüringen negativ auf. Hier wurden bei den Zuwendungen zum Sport jährlich 6,4%, 5,1% und 4,5% eingespart. Insgesamt haben nur Bremen, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland die unmittelbaren Ausgaben jährlich erhöht.

**Tabelle 4: Unmittelbare sportspezifische Ausgaben der öffentlichen Hand für Sport im Jahr 2005 und die durchschnittliche jährliche Entwicklung von 1995 bis 2005**

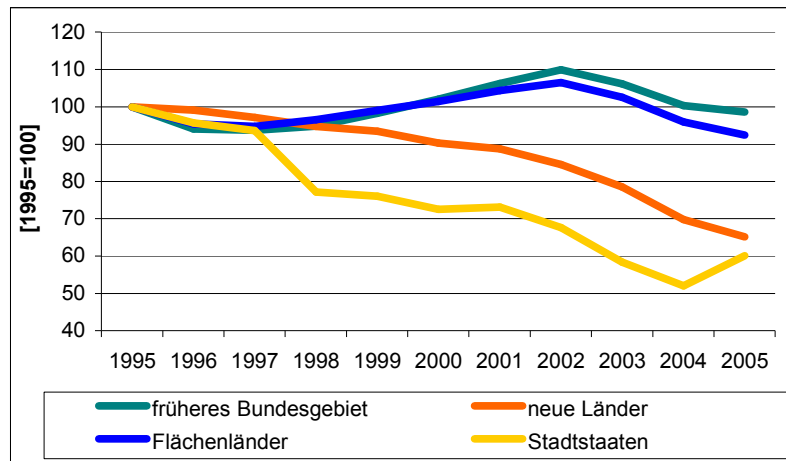
	Ausgaben für Sport (Mill. €)	Anteil am BIP (%)	je Einwohner (€)	Ø Wachstumsrate von 1995 bis 2005 in %		
				absolut	Anteil am BIP	je Einwohner
Baden-Württemberg	627	0,19	58,44	0,23	-1,97	-0,19
Bayern	489	0,12	39,26	-1,20	-3,81	-1,61
Berlin	157	0,20	46,29	-6,42	-6,30	-6,21
Brandenburg	91	0,19	35,51	0,11	-2,17	0,02
Bremen	21	3,17	31,67	2,14	2,39	2,39
Hamburg	28	1,61	16,10		0,00	0,00
Hessen	281	0,14	46,11	-1,04	-3,09	-1,21
Mecklenburg-Vorpommern	65	0,21	37,95	-2,30	-3,72	-1,66
Niedersachsen	266	0,14	33,25	-0,93	-2,59	-1,25
Nordrhein-Westfalen	683	0,14	37,81	0,65	-0,87	0,53
Rheinland-Pfalz	200	0,20	49,27	1,00	-0,64	0,76
Saarland	47	0,17	44,63	1,38	-0,24	1,67
Sachsen	181	0,21	42,25	-5,12	-6,96	-4,49
Sachsen-Anhalt	110	0,23	44,31	-2,52	-4,66	-1,52
Schleswig-Holstein	86	0,13	30,39	-1,50	-2,92	-1,90
Thüringen	76	0,17	32,41	-4,46	-6,73	-3,81
Früheres Bundesgebiet	2.731	0,14	41,58	-0,16	-2,04	-0,32
Neue Länder	681	0,20	40,59	-4,19	-5,64	-3,69
Bund	99			3,08		
<b>Insgesamt</b>	<b>3.514</b>	<b>0,16</b>	<b>42,61</b>	<b>-1,04</b>	<b>-2,65</b>	<b>-0,86</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, 2008c, eigene Berechnungen.

Die folgende Abbildung 8 vergleicht die Entwicklung der unmittelbaren Ausgaben zwischen Stadtstaaten und Flächenländern, sowie zwischen alten und neuen Bundesländern (einschl. Berlin). Die Ausgaben wurden auf das Jahr 1995 indexiert. Der allgemeine Abwärtstrend ist auch hier deutlich zu erkennen. Besonders drastisch fällt der Rückgang bei den neuen Bundesländern aus. Über den gesamten Beobachtungszeitraum wurden die unmittelbaren Ausgaben für Sport immer weiter eingeschränkt und haben 2005 eine Höhe erreicht, die mit nur noch 681 Mill. Euro 35% unter dem Ausgangswert von 1995 liegt. Weniger dramatisch stellt sich die Situation im früheren Bundesgebiet dar. Auch hier wird seit 2003 an den Ausgaben für Sport gestrichen. Trotz einer Ausweitung des Budgets zwischen den Jahren 1999 und 2002, wurde im Jahr 2005 lediglich so viel für Sport ausgegeben wie 1995 (2,7 Mrd. Euro). Im Vergleich Stadtstaaten zu Flächenländern entspricht die Entwicklung Letzterer annähernd der des früheren Bundesgebiets. Durch die hohen Einsparungen bei den neuen Bundesländern fällt sie allerdings leicht schwächer aus, sodass die unmittelbaren Ausgaben um knapp 8% niedriger sind als 1995 und 3,2 Mrd. Euro erreichen. Demgegenüber haben sich die Stadtstaaten bis 2004 auf einem deutlichen Sparkurs befunden, bei dem die unmittelbaren Ausgaben um 48% von 346 Mill. Euro auf

180 Mill. Euro reduziert wurden. 2005 sind sie erstmals davon abgewichen und haben die Ausgaben auf 208 Mill. Euro ausgeweitet.

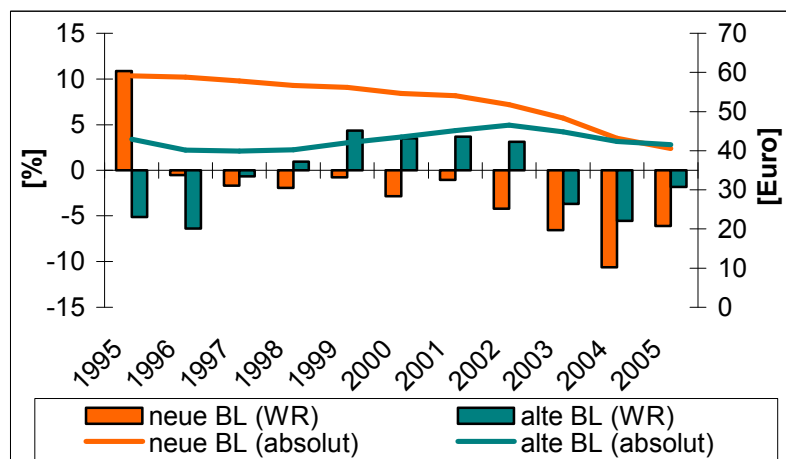
**Abbildung 8: Entwicklung der unmittelbaren sportspezifischen Ausgaben von 1995 bis 2005 bei Gruppierung einzelner Bundesländer, 1995=100**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

Mit Blick auf die neuen Bundesländer ließe sich argumentieren, dass sowohl nach den erhöhten Infrastrukturinvestitionen zu Beginn der 90er Jahre als auch durch die anhaltende Abwanderung und den natürlichen Bevölkerungsrückgang insgesamt weniger Geld für Sport ausgegeben werden muss, der Betrag pro Kopf aber annähernd gleich geblieben ist.

**Abbildung 9: Unmittelbare sportspezifische Ausgaben je Einwohner in Wachstumsraten (WR) in % und absolut in Euro für die alten und neuen Bundesländer**

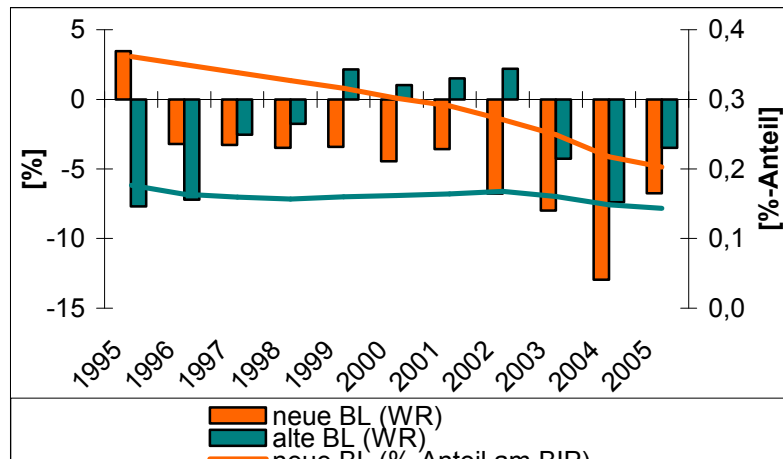


Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, 2008c, eigene Berechnungen.

Abbildung 9 macht indes deutlich, dass trotz schwindender Einwohnerzahl auch pro Kopf weniger an Sportausgaben geleistet wird. So sind die unmittelbaren Ausgaben je Einwohner in den neuen Bundesländern von 59,12 Euro (1995) auf 40,59 Euro (2005) zurückgegangen. Gleiches gilt für den Anteil der Sportausgaben am BIP der neuen Bundesländer (vgl. Abbildung 10). Das Verhältnis reduziert sich kontinuierlich und gewinnt zudem zwischen 2002 und 2004 an Dynamik. Während 1995 noch 0,36% des ostdeutschen BIP an den Sport gingen, fiel der Wert bis 2004 auf 0,22% und erreichte

2005 0,2%. In Westdeutschland hingegen bewegen sich die Pro-Kopf-Ausgaben um Werte zwischen gut 40 Euro und knapp 50 Euro. Aber auch hier nimmt der Anteil am BIP des alten Bundesgebietes über Jahre ab, wenn auch mit einem Rückgang von insgesamt 19% ausgehend von 0,18% auf 0,12% relativ langsam.

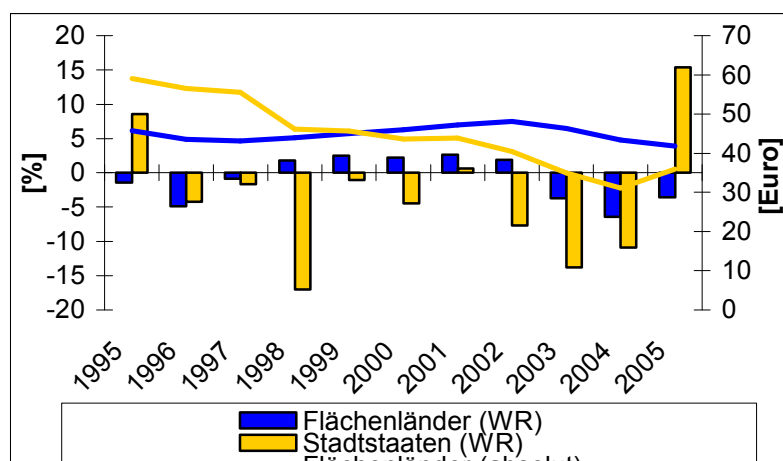
**Abbildung 10: Entwicklung und absolute Höhe der Anteile der unmittelbaren sportspezifischen Ausgaben am BIP für die alten und neuen Bundesländer angegeben in Wachstumsraten (WR) und Prozentanteilen jeweils in %**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, 2008c, eigene Berechnungen.

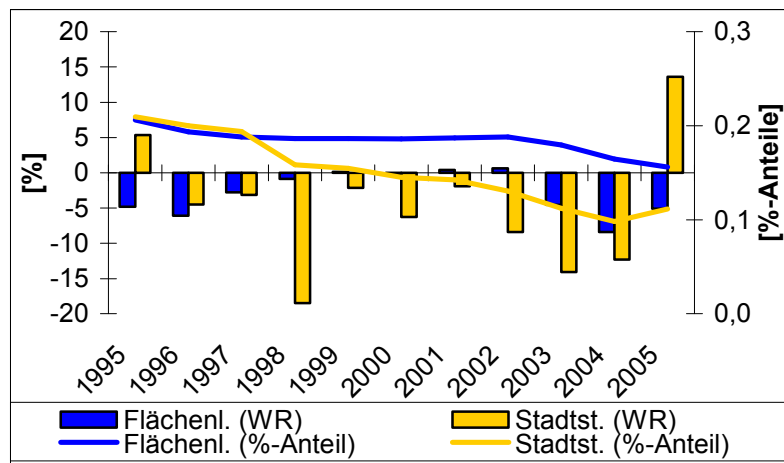
Abbildung 11 und Abbildung 12 veranschaulichen die Ausgaben pro Kopf und den Anteil zum BIP in Bezug zu Flächenländern und Stadtstaaten. Es ergibt sich ein ähnliches Bild wie schon in der indizierten Gesamtübersicht. Auffällig sind die deutlich größeren Ausschläge hinsichtlich der Veränderungen bei den Stadtstaaten. Wachstumsschwächere Perioden führen bei den Stadtstaaten zu wesentlich deutlicheren Einsparungen beim Sport.

**Abbildung 11: Unmittelbare sportspezifische Ausgaben je Einwohner in Wachstumsraten (WR) in % und absolut in Euro nach Stadtstaaten und Flächenländern**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, 2008c, eigene Berechnungen.

**Abbildung 12: Entwicklung und absolute Höhe der Anteile der unmittelbaren sportspezifischen Ausgaben am BIP nach Stadtstaaten und Flächenländern angegeben in Wachstumsraten (WR) und Prozentanteilen jeweils in %**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, 2008c, eigene Berechnungen.

Trotz der oben angesprochenen Tendenz der Gebietskörperschaften, ihre Ausgaben für Sport einzuschränken, nehmen sie einnahmenseitig jährlich immer weniger durch den Sport über Nutzungsentgelte ein und müssen ihn folglich von anderer Seite bezuschussen. Die Differenz vermindert sich mit Ausnahme der alten Bundesländer zwar langsam über die Jahre, aber die dazu erforderlichen Einsparungen verlaufen trotz der eingangs deutlich gewordenen Einschränkungen bei den Sportausgaben nur schleppend (vgl. Tabelle 5). Am schnellsten verringert sich der Abstand von Einnahmen zu Ausgaben mit jährlich -4,3% zwischen 1995 und 2005 bei den Stadtstaaten. Insgesamt konnten sie die Differenz von -290 Mill. Euro im Jahr 1995 um 35,9% auf -186 Mill. Euro (2005) drücken, wobei dies vor allem auf die Bemühungen von Berlin zurückzuführen ist. Die Hauptstadt verminderte den Negativbetrag um jährlich 5,9%. Auch die Flächenländer bemühen sich um eine Reduktion der Mehrausgaben, wobei sich der Abstand von unmittelbaren Ausgaben zu Einnahmen im gleichen Zeitraum aber nur um 0,6% p.a. verringert hat, was eine Reduktion von -2,8 Mrd. Euro auf -2,6 Mrd. Euro im Vergleich von 2005 und 1995 bedeutet. Ursächlich hierfür sind insbesondere die alten Bundesländer, die über die Jahre hinweg den Negativsaldo sogar um 0,3% p.a. und damit ihre tatsächliche „Netto“förderung marginal ausgeweitet haben. Während sie 1995 noch ein Defizit von 2,1 Mrd. Euro zu verzeichnen hatten, waren es 2002 bereits 2,4 Mrd. Euro. Seitdem werden die Ausgaben gegenüber den Einnahmen allerdings wieder eingeschränkt, sodass sich die Differenz 2005 auf nur noch 2,2 Mrd. Euro beläuft. Dieses Bild wird jedoch hauptsächlich von nur drei Bundesländern bestimmt: dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Der Unterschied von Einnahmen zu Ausgaben hat sich 2005 im Vergleich zu 1995 um 25,8%, 21,1% bzw. 10,3% vergrößert, was eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 2,3%, 1,9% und 1% bedeutet. Demgegenüber haben die neuen Bundesländer bis 2000 stets ca. 640 Mill. Euro mehr gebraucht, als sie einnahmen und danach die jährliche Deckungslücke zwischen sportbezogenen Einnahmen und Ausgaben konsequent auf zuletzt -433 Mill. Euro (2005) eingeschränkt. Insgesamt resultiert daraus eine durchschnittliche jährliche Reduktion von 3,9%. Sachsen hat dabei besonders stark seine Deckungslücke von -264 Mill. Euro (1995) um insgesamt 41,7% auf -154 Mill. Euro (2005) verkleinert.

**Tabelle 5: Saldo und Entwicklung zwischen sportspezifischen Einnahmen und Ausgaben zwischen 1995 und 2005**

	Differenz Einnahmen zu Ausgaben in Mill. Euro		Ø Wachstumsrate in %	
	1995	2005	2005 zu 1995	jährlich
Baden-Württemberg	-488	-502	2,87	0,28
Bayern	-413	-368	-10,90	-1,15
Berlin	-256	-140	-45,31	-5,86
Brandenburg	-77	-73	-5,19	-0,53
Bremen	-15	-18	20,00	1,84
Hamburg	-19	-28	47,37	3,95
Hessen	-252	-233	-7,54	-0,78
Mecklenburg-Vorpommern	-76	-56	-26,32	-3,01
Niedersachsen	-221	-212	-4,07	-0,41
Nordrhein-Westfalen	-479	-580	21,09	1,93
Rheinland-Pfalz	-146	-161	10,27	0,98
Saarland	-31	-39	25,81	2,32
Sachsen	-264	-154	-41,67	-5,25
Sachsen-Anhalt	-124	-90	-27,42	-3,15
Schleswig-Holstein	-83	-72	-13,25	-1,41
Thüringen	-103	-62	-39,81	-4,95
Früheres Bundesgebiet	-2111	-2168	2,70	0,32
Neue Länder	-644	-433	-32,76	-4,41
Flächenländer	-2756	-2602	-5,59	-0,57
Stadtstaaten	-290	-186	-35,86	-4,34
<b>Länder insgesamt</b>	<b>-3044</b>	<b>-2788</b>	<b>-8,41</b>	<b>-0,87</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, 2008c, eigene Berechnungen.

## 4 ANALYSE DER SPORTSPEZIFISCHEN AUSGABEN NACH AUSGABENARTEN

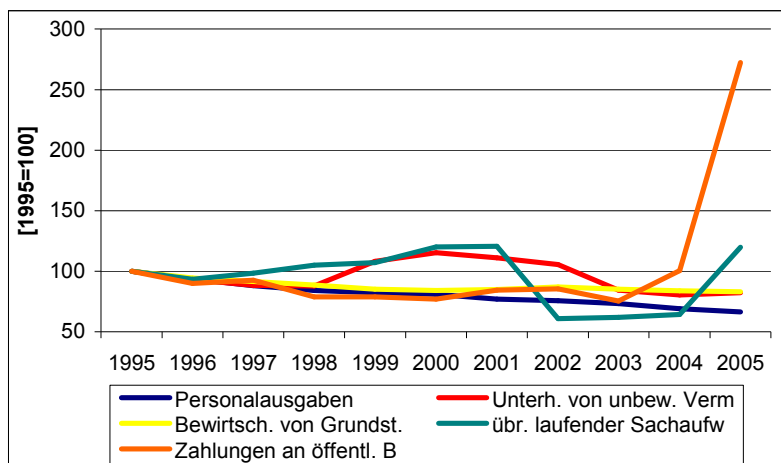
Nachdem im vorherigen Abschnitt die länderspezifischen Entwicklung der sportspezifischen Ausgaben im Zentrum des Interesses lagen, wird im Folgenden der Frage nachgegangen, inwieweit sich bei der Verwendung der sportspezifischen öffentlichen Mittel entsprechend den Ausgabenarten der öffentlichen Rechnungsstatistik in den letzten Jahren Änderungen eingestellt haben.

### 4.1 EIN ERSTER ÜBERBLICK ÜBER DIE AUSGABENSTRUKTUREN

In der folgenden Abbildung 13 wird die Veränderung der Ausgabenstruktur der laufenden Rechnung für den Zeitraum 1995 bis 2005 nach den verschiedenen Ausgabenarten aufgeschlüsselt. Mit Ausnahme der Zahlungen an den öffentlichen Bereich und für den übrigen laufenden Sachaufwand werden die Ausgaben für Personal, die Bewirtschaftung von Grundstücken und die Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen<sup>5</sup> im Durchschnitt jährlich deutlich eingeschränkt.

<sup>5</sup> Dazu zählen laufende Unterhaltungsmaßnahmen der Infrastruktur wie Schönheitsreparaturen aber auch Instandsetzungsmaßnahmen an Gebäuden und Sportanlagen, etc. Es handelt sich jedoch nicht um

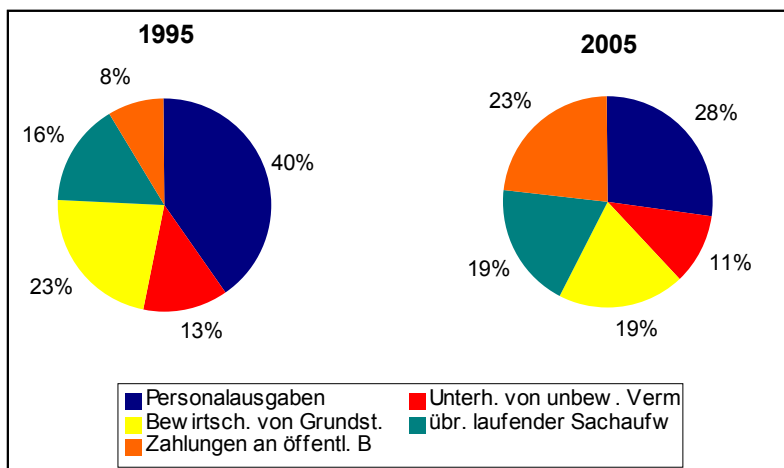
Abbildung 13: Entwicklung der Ausgabenstruktur der laufenden Rechnung, 1995=100



	Mill. Euro 2005	Ø Wachstumsrate in %	
		2005 zu 1995	jährlich
<b>Laufende Rechnung</b>			
Personalausgaben	571	-33,45	-3,99
Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen	220	-17,60	-1,92
Bewirtschaftung von Grundstücken	400	-16,67	-1,81
übriger laufender Sachaufwand	405	19,82	1,82
Zahlungen an öffentlichen Bereich	490	172,22	10,53

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen

Abbildung 14: Anteile der einzelnen Ausgabenpositionen an der gesamten laufenden Rechnung 1995 und 2005 in %



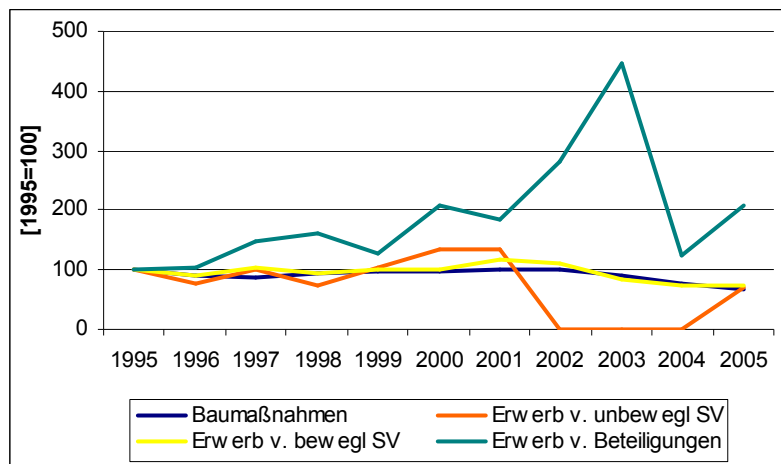
Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

Im Einzelnen ist besonders bei den Zahlungen an Beschäftigte ein kontinuierlicher Rückgang von durchschnittlich 4% p.a. zwischen 1995 und 2005 auszumachen. Im Vergleich zu den anderen Positionen lassen sich hier offensichtlich relativ schnell Kürzungen durchsetzen. Ähnliches gilt bei der Bewirtschaftung der Grundstücke. Durch

investive Maßnahmen, die eine Veränderung des Anlagevermögens auf der Aktivseite der Bilanz begründen.

die Schließung von Sportanlagen, Kürzungen bei Bewachung und Betreuung sowie einen effizienteren Umgang mit Energie und Wasser konnten innerhalb der zehn Jahre insgesamt 17,6% der Ausgaben eingespart werden. Dies ist umso bedeutender als die beiden Positionen 1995 auch den größten Anteil an den laufenden Ausgaben innehatten (vgl. Abbildung 14). Durch die Sparmaßnahmen kam es aber zu deutlichen Verschiebungen in der Zusammensetzung, wobei der Anteil der Personalausgaben von 40% (858 Mill. Euro) auf 28% (571 Mill. Euro) und bei den Kosten zur Bewirtschaftung von Grundstücken von 23% (480 Mill. Euro) auf 19% (400 Mill. Euro) zurückging. Dem stehen die Zahlungen an den öffentlichen Bereich gegenüber. Während ihre Höhe 2004 mit 181 Mill. Euro noch dem Stand von 1995 entsprach, sind sie 2005 so weit angestiegen, dass sich über den gesamten Zeitraum ein Wachstum von insgesamt 172,2% ergibt.<sup>6</sup> Beim übrigen laufenden Sachaufwand wurden v. a. im Jahr 2002 die Ausgaben von 408 Mill. Euro im Vorjahr auf 206 Mill. Euro merklich reduziert. Bis 2004 blieben sie relativ konstant, um dann 2005 wieder auf 405 Mill. Euro angehoben zu werden. Eine weitergehende Erklärung der Entwicklung dieses buchhalterischen Restpostens ist ad hoc leider nicht möglich. Die Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen wiederum beanspruchte kurzfristig zwischen 1999 und 2000 mehr des Budgets, in den darauf folgenden Jahren wurden diese Kosten aber kontinuierlich eingeschränkt, sodass sie inzwischen mit 220 Mill. Euro unter denen von 1995 (267 Mill. Euro) liegen.

Abbildung 15: Entwicklung der Ausgabenstruktur der Kapitalrechnung, 1995=100

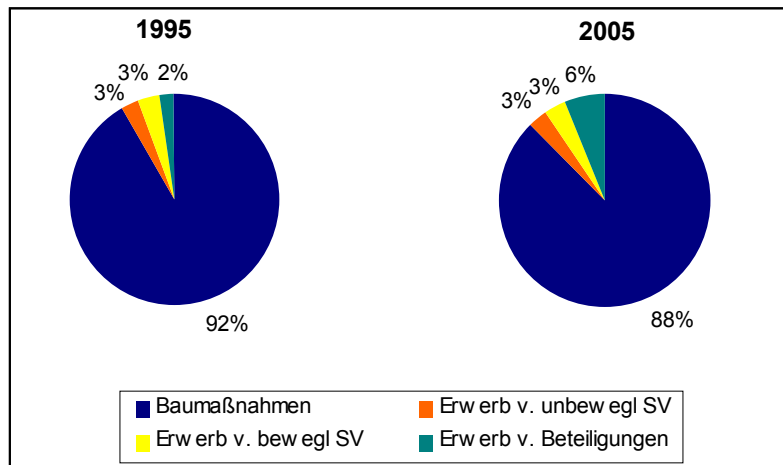


Kapitalrechnung	Mill. Euro 2005	Ø Wachstumsrate in %	
		2005 zu 1995	jährlich
Baumaßnahmen	623	-31,54	-3,72
Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen	20	-28,57	-3,31
Erwerb von beweglichem Sachvermögen	24	-27,27	-3,13
Erwerb von Beteiligungen	44	109,52	7,68

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

<sup>6</sup> Diese Entwicklung ist allerdings weitestgehend auf einen Sondereffekt in Baden-Württemberg zurückzuführen. Durch eine Verwaltungsreform zum 1.1.2005 stieg in diesem Bundesland die Position von 12 Mill. Euro auf 332 Mill. Euro.

**Abbildung 16: Anteile der einzelnen Ausgabenpositionen an der gesamten Kapitalrechnung 1995 und 2005 in %**



Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

In Abbildung 15 wird ein Überblick über die Entwicklung der Ausgabenstruktur der Kapitalrechnung gegeben. In Abbildung 16 folgt eine Übersicht über die Verteilung der einzelnen Kostenpositionen in der Kapitalrechnung. Die Ausgaben im Bereich der Sportanlagen, d.h. sowohl bei den Neu-, Um-, Erweiterungs- und Ausbauten als auch beim Erwerb von Grundstücken, sonstigen Anlagen, Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen stellen sich für den Zeitraum 1995 bis 2005 eindeutig negativ dar. Ihre Höhe ist 2005 insgesamt niedriger als noch 10 Jahre zuvor. Zwischen 2002 und 2004 kommt der Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen sogar vollständig zum Erliegen und auch 2005 werden für 20 Mill. Euro nur wenig Mittel frei gemacht, woraus ein durchschnittlicher Rückgang von 3,3% p.a. resultiert.

Auch der seit Jahren festgestellte Sanierungsbedarf der Sportstätten (Sportministerkonferenz der Länder (2002), Ahlert (2004), Rütten, Schröder und Ziemainz (2006)) hat nicht zu einer Steigerung der Baumaßnahmen geführt. Im Gegenteil, beide investiven Ausgabenpositionen haben sich innerhalb des betrachteten Zeitraums von 910 Mill. Euro bzw. 33 Mill. Euro jährlich um durchschnittlich 3,7 % und 3,1% auf 623 Mill. Euro und 24 Mill. Euro reduziert. Einzig der Erwerb von Beteiligungen kann sich insgesamt steigern (+ 7,7 % p.a. zwischen 1995 und 2005). Sie nehmen von 1995 an rasant zu und erreichen 2003 mit 94 Mill. Euro einen Höchststand. 2004 fällt der Wert kurzfristig auf 26 Mill. Euro, um bis 2005 um gut 2/3 wieder zu wachsen.<sup>7</sup> Insgesamt kommt den Baumaßnahmen auch weiterhin mit einem Anteil von 88% (2005) die größte Bedeutung zu.

<sup>7</sup> Der Erwerb von Beteiligungen lässt sich fast vollständig Nordrhein-Westfalen zuordnen. Die Schwankungen beruhen dementsprechend auf bundeslandspezifischen zum Teil politisch bestimmten Eigenheiten, deren genauere Analyse hier zu weit führen würde.

## 4.2 DIE ENTWICKLUNG DER AUSGABENSTRUKTUREN NACH BUNDESLÄNDERN

Die folgende Tabelle 6 gibt einen Überblick über die Entwicklung ausgewählter sportspezifischer Ausgabenpositionen der laufenden Rechnung für die einzelnen Bundesländer.

**Tabelle 6: Ausgewählte Ausgabenpositionen der laufenden Rechnung nach Bundesländern im Jahr 2005 (Mill. Euro) ergänzt um die prozentuale Veränderung zwischen 1995 und 2005 sowie die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)<sup>8</sup>**

Laufende Rechnung	Personalausgaben			Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen			Bewirtschaftung von Grundstücken		
	Mill. Euro	Wachstumsraten (%)		Mill. Euro	Wachstumsraten (%)		Mill. Euro	Wachstumsraten (%)	
	2005	2005 zu 1995	jährlich	2005	2005 zu 1995	jährlich	2005	2005 zu 1995	jährlich
Baden-Württemberg	110	-10,57	-1,11	54	-3,57	-0,36	82	17,14	1,59
Bayern	80	-10,11	-1,06	32	-5,88	-0,60	38	26,67	2,39
Brandenburg	10	-50,00	-6,70	3	-25,00	-2,84	10	-16,67	-1,81
Hessen	48	-36,84	-4,49	19	-20,83	-2,31	38	-19,15	-2,10
Mecklenburg-Vorpommern	8	-33,33	-3,97	3	-25,00	-2,84	10	25,00	2,26
Niedersachsen	51	-31,08	-3,65	18	-25,00	-2,84	40	-20,00	-2,21
Nordrhein-Westfalen	122	-42,99	-5,46	40	-18,37	-2,01	72	-37,93	-4,66
Rheinland-Pfalz	31	-8,82	-0,92	12	33,33	2,92	23	-4,17	-0,42
Saarland	6	-45,45	-5,88	1	-66,67	-10,40	3	-50,00	-6,70
Sachsen	23	-54,00	-7,47	5	-50,00	-6,70	19	-29,63	-3,45
Sachsen-Anhalt	19	-36,67	-4,46	4	-50,00	-6,70	17	-5,56	-0,57
Schleswig-Holstein	13	-31,58	-3,72	5	-28,57	-3,31	12	-7,69	-0,80
Thüringen	13	-53,57	-7,39	4	0,00	0,00	11	-21,43	-2,38
Früheres Bundesgebiet	466	-27,33	-3,14	184	-9,22	-0,96	309	-13,17	-1,40
Neue Länder	76	-52,34	-7,14	20	-46,55	-6,07	69	-28,10	-3,25
Flächenländer	28	-30,47	-3,57	15	-13,14	-1,40	21	-13,07	-1,39
Stadtstaaten	26	-63,64	-9,62	11	-51,61	-7,00	18	-52,27	-7,13
<b>Länder insgesamt</b>	<b>571</b>	<b>-33,45</b>	<b>-3,99</b>	<b>220</b>	<b>-17,60</b>	<b>-1,92</b>	<b>400</b>	<b>-16,67</b>	<b>-1,81</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

Generell lässt sich für das Gros der Bundesländer eine sehr ähnliche Entwicklung in den einzelnen Ausgabenpositionen beobachten. Dabei verwundert auch nicht, dass es zwischen Stadtstaaten und Flächenländern größere Unterschiede gibt, als innerhalb dieser einzelnen Ländergruppen. Erstere haben ihre Ausgaben zwischen 1995 und 2005 in allen Bereichen der laufenden Rechnung deutlich stärker eingeschränkt. Die Einsparungen erfolgen mindestens doppelt so schnell wie bei den Flächenländern und erreichen bei der Bewirtschaftung von Grundstücken sogar ein Verhältnis von 4:1. Es bleibt jedoch zu berücksichtigen, dass absolut betrachtet die Einsparungen der Flächenländer durch die wesentlich höheren Budgets deutlich größer ausfallen. So haben sich beispielsweise die Ausgaben für Personalausgaben innerhalb der zehn Jahre von 1995 an um insgesamt 238 Mill. Euro reduziert. Dem gegenüber haben die Stadtstaaten nur 49 Mill. Euro weniger ausgegeben.

Stellt man die einzelnen Flächenländer einander gegenüber, hat sich Sachsen im Zeitverlauf besonders im Bereich der Personalausgaben (-7,5% p.a.) stärker eingeschränkt.

<sup>8</sup> Die Ausgaben der laufenden Rechnung für die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg wird nur als Gesamtsumme in der Tabelle dargestellt, da die Einzelinformationen in den Originaldaten nicht explizit ausgewiesen werden.

Das Saarland sticht mit einem durchschnittlichen jährlichen Rückgang von -10,4% bei der Unterhaltung von unbeweglichem Vermögen und -6,7% bei der Bewirtschaftung von Grundstücken heraus. Aber auch steigende Ausgaben lassen sich beobachten. Rheinland-Pfalz hat als einziges Land von 1995 bis 2005 im Durchschnitt jährlich 2,9% mehr für die Unterhaltung unbeweglichen Vermögens gezahlt und Bayern weist mit durchschnittlich 2,4% p.a. die höchste Wachstumsrate für die Kosten der Bewirtschaftung von Grundstücken auf.

Hinsichtlich der Kapitalrechnung, für die hier stellvertretend die Baumaßnahmen als dominierende Komponente herangezogen werden – abgebildet in Tabelle 7 – ergibt sich ein entgegen gesetztes Bild.<sup>9</sup> Während der Rückgang bei den Stadtstaaten mit insgesamt 3 Mill. Euro nur 12 % binnen des betrachteten 10-Jahreszeitraumes beträgt, liegt er bei den Flächenländern mehr als doppelt so hoch (32%, - 285 Mill. Euro).

**Tabelle 7: Die Baumaßnahmen nach Bundesländern im Jahr 2005 (Mill. Euro) ergänzt um die prozentuale Veränderung zwischen 1995 und 2005 sowie die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate (%)**

Kapitalrechnung	Baumaßnahmen		
	2005	2005 zu 1995	jährlich
Baden-Württemberg	152	1,3	0,1
Bayern	88	-33,8	-4,0
Berlin	11	-42,1	-5,3
Brandenburg	25	-24,2	-2,7
Bremen	2	100,0	7,2
Hamburg	8	60,0	4,8
Hessen	37	-33,9	-4,1
Mecklenburg-Vorpommern	16	-61,9	-9,2
Niedersachsen	43	-2,3	-0,2
Nordrhein-Westfalen	115	40,2	3,4
Rheinland-Pfalz	35	-38,6	-4,8
Saarland	5	-28,6	-3,3
Sachsen	34	-78,9	-14,4
Sachsen-Anhalt	20	-63,0	-9,5
Schleswig-Holstein	14	-44,0	-5,6
Thüringen	12	-70,0	-11,3
Früheres Bundesgebiet	492	-10,4	-1,1
Neue Länder	107	-66,2	-10,3
Flächenländer	599	-32,2	-3,8
Stadtstaaten	22	-12,0	-1,3
<b>Länder insgesamt</b>	<b>623</b>	<b>-31,5</b>	<b>-3,7</b>

Quelle: Statistisches Bundesamt 2008a, eigene Berechnungen.

Auch ein Vergleich von neuen zu alten Bundesländern fördert Unterschiede zutage. Die Kosten der Kapitalrechnung weisen im früheren Bundesgebiet wesentlich niedrigere negative Wachstumsraten auf. Zwischen 1995 und 2005 wurde im Westen durchschnittlich 1,1% pro Jahr weniger in Baumaßnahmen investiert. Dem gegenüber haben sich die neuen Bundesländer mit -10,3% p.a. deutlich stärker eingeschränkt. 2005 fallen die Ausgaben der

<sup>9</sup> Die anderen Kosten sind von den Beträgen relativ gering (vgl. Anteile aus Abbildung 16) und werden nur sehr unregelmäßig getätigt.

Baumaßnahmen bei Letzteren deshalb mit 107 Mill. Euro um knapp ein Fünftel niedriger aus.

Im Einzelnen wird diese Entwicklung vor allem von Sachsen und Thüringen getragen. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern sparen sie zwischen 1995 und 2005 durchschnittlich -14,4% p.a. bzw. -11,3% p.a. und liegen damit an der Spitze. Sachsen sticht hierbei auch absolut mit einer Differenz von 127 Mill. Euro heraus. Im gleichen Zeitraum stehen nur drei Bundesländer dem Sparkurs entgegen. NRW weitete seine Mittel für Baumaßnahmen um insgesamt 40,2% auf 115 Mill. Euro aus und Bremen verdoppelte sie von 1 Mill. auf 2 Mill. Euro. Auch Baden-Württemberg investierte mehr in die Sanierung und den Bau von Sportanlagen, allerdings mit einem Anstieg von nur +1,3% deutlich weniger.

## 5 FAZIT

Die in den vorhergehenden Abschnitten vorgestellten Auswertungen haben dokumentiert, dass der Staat seine sportspezifischen Ausgaben in den vergangenen Jahren stetig gekürzt hat. Da die ausgewerteten Detailinformationen nur mit einer zeitlichen Verzögerung von mehr als zwei Jahren bereitgestellt werden, konnten lediglich historische Daten bis zum Jahr 2005 berücksichtigt werden. Auch wenn zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich ist, eine Aussage darüber zu treffen, ob sich die Negativentwicklung in den konjunkturell guten Jahren 2006 und 2007 weiter fortgesetzt hat, so könnte sich zumindest die Verhandlungsposition der sportpolitisch verantwortlichen Akteure bei Etatberatungen aufgrund der innerhalb der Sportstättenstatistik eindeutig belegten Sanierungsstaus deutlich verbessert haben. Es darf aber bezweifelt werden, dass die investiven Ausgaben des Bundes und der Länder insbesondere für Baumaßnahmen im Sportsektor von den politischen Akteuren drastisch erhöht worden sind. Für diese Zwecke wurden im Jahr 2005 ca. 623 Mill. Euro in Deutschland aufgewendet, was gegenüber 1995 einen Rückgang um weit mehr als 30 % darstellt.

Würden das derzeitige Investitionsvolumen in unveränderte Höhe über einen Zeitraum von 15 Jahren jährlich bis zum Jahr 2020 aufgewendet werden, könnten ohne Berücksichtigung von Preiseffekten Ersatz- und Sanierungsmaßnahmen der öffentlichen Sportinfrastruktur in Höhe von knapp 9,5 Mrd. Euro realisiert werden. Preisbereinigt dürfe das reale Investitionsvolumen nochmals deutlich niedriger ausfallen. Zieht man die jüngst veröffentlichten Schätzungen des Deutschen Instituts für Urbanistik ins Kalkül, welches allein für Ersatzmaßnahmen ein kommunales Investitionsvolumen in Höhe von knapp 24 Mrd. Euro über einen 15-Jahres-Zeitraum bis zum Jahr 2020 ermittelt hat (vgl. Reidenbach et al. 2008, S. 272ff), so klafft eine Investitionslücke von weit mehr als 14 Mrd. Euro auf. Unter Einbeziehung des vom Deutschen Institut für Urbanistik zusätzlich ermittelten kommunalen Erweiterungs- und Nachholbedarfs könnte sich der Investitionsbedarf im Sportbereich um weitere 12 Mrd. Euro erhöhen. Bis zum Jahr 2020 würde sich die Finanzierungslücke bei unverändert hoher investiver Sportförderung dann sogar auf knapp 26 Mrd. Euro erhöhen.

Vor diesem Hintergrund wird einerseits deutlich, dass die bisher aufgewendeten Mittel zur Förderung des Sports bei Weitem nicht ausreichen werden, um den für die kommenden Jahre prognostizierten Sanierungsbedarf bedienen zu können. Selbst wenn es den politisch verantwortlichen Akteuren gelingt, zur Modernisierung der öffentlichen Sportinfrastruktur auch Finanzmittel aus anderen Kreditprogrammen, insbesondere aus Förderprogrammen zur energetischen Gebäudesanierung, zu akquirieren, so zeichnet sich ab, dass viele marode öffentliche Sportanlagen schlicht und einfach geschlossen werden.

Im Sportentwicklungsbericht 2005/2006 zeigt sich, dass bereits heute der Sanierungsstau bei von Vereinen genutzten kommunalen Sportstätten und damit die Vereinsentwicklung einschränkt. Einige Sportarten werden möglicherweise nicht mehr oder nur noch begrenzt angeboten. Dieser schleichende Attraktivitätsverlust wird dazu führen, dass der Sport, insbesondere der Vereinssport, seinen positiven, am Gemeinwohl orientierten, gesellschaftlichen Nutzen nicht mehr voll entfalten kann. Vor dem Hintergrund, dass immer mehr Menschen adipös sind und die Krankenkassen die sportliche Betätigung über Bonusprogramme zu fördern versuchen, ist diese Entwicklung fragwürdig.

Andererseits stellt sich natürlich die Frage, ob die in den bisherigen Bedarfsrechnungen unterstellten Richtwerte zu den einzelnen Sportanlagentypen überhaupt noch zeitgemäß resp. zukunftsweisend sind. Sollte nicht die demographische Entwicklung mit ihren Auswirkungen auf die gesellschaftliche Struktur stärker Eingang in die Bedarfsrechnungen finden? Benötigt der Sport nicht zukünftig teilweise ganz andere Sportstätten und Sportangebote, damit er für die ältere Bevölkerung attraktiv bleibt? (vgl. Hübner 2008, S.71) Sollte nicht ein Teil der kommunalen Sportanlagen zukünftig durch Public-Private-Partnership-Konzepte oder Private Finance Initiatives realisiert und betrieben werden? (vgl. Kähler 2008, S.35) In welchem Umfang und für welche Sportanlagentypen sollte sich der Staat mit seinen Gebietskörperschaften unter dem Gesichtspunkt der Daseinsgrundvorsorge überhaupt finanziell engagieren?

Jägemann und Wohltmann (2006) geben zu einigen der aufgeworfenen Fragen aus einer planerischen Perspektive heraus bedenkenswerte Antworten. Die Autoren kommen zu der Einschätzung, dass der Sanierungsbedarf der Sportstätten Chancen für eine Neupositionierung in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung des Sports und der Stadtentwicklung bietet. Letzteres gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass ohne einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel zugunsten des öffentlich geförderten Breitensports die dazu erforderlichen Finanzmittel aller Voraussicht nach nicht zur Verfügung gestellt werden.

## LITERATUR

- Ahlert, G. (2004): Investive Sportförderung in der Bundesrepublik: Ökonomische Impulse eines öffentlich finanzierten Infrastrukturprogramms zur Sanierung und Modernisierung der Sportstätten. Gutachten im Auftrag des Bundesinstituts für Sportwissenschaft, der Internationalen Vereinigung Sport- und Freizeiteinrichtungen (IAKS) und des Bayerischen Landes-Sportverbandes, GWS Discussion Paper 2004/2, Osnabrück.
- Breuer, C. & Wicker, P. (2008): Sportvereine in Deutschland - Sportentwicklungsbericht 2007/2008 - Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Köln.
- Breuer, C. [Hrsg.] (2007): Sportentwicklungsbericht 2005/2006 - Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Köln.
- Hübner, H. (2008): Das Sportverhalten erfassen, den Sportstättenbedarf bestimmen. In: Kähler, R. & Rave K. (Hrsg.): Sportstätten neu denken und gestalten, LIT-Verlag Münster, Kiel, S.70-84.
- Jägemann, H. (2005): Der Sanierungsbedarf von Sportstätten: Wie ist mit der gegenwärtigen Situation umzugehen? Vortrag im Rahmen des Seminars „Sport- und Freizeitstättenplanung unter Veränderungsdruck“ des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu). In: Difu (Hrsg.), Seminaraktenordner, Berlin, 2005.
- Jägemann, H. & Wohltmann, H. (2006): Sportstätten und Stadtentwicklung - Neue Herausforderungen und Potenziale für den Sportstättenbau. RaumPlanung, Heft 126/127, S. 153-156.
- Kähler, R. S. (2008): Sportstättenbau neu denken und gestalten - Grundlagen und innovative Finanzierungs- und Betreibermodelle. In: Kähler, R. & Rave K. (Hrsg.): Sportstätten neu denken und gestalten, LIT-Verlag Münster, Kiel, S.18-69.
- Langer, M. (2006): Öffentliche Sportförderung: eine ordnungspolitische Betrachtung. Wirtschaftsdienst 2006, Heft Nr.2. S. 121-124.
- Reidenbach, M., Bracher, T., Grabow, B., Schneider, S. & Seidel-Schulze, A. (2008): Investitionsrückstand und Investitionsbedarf der Kommunen - Ausmaß, Ursachen, Folgen, Strategien. Edition Difu - Stadt Forschung Praxis.
- Rütten, A., J. Schröder und H. Ziemainz (2006): Sportstätten. In: Haag, H. & B. Strauß (Hrsg.): Themenfelder der Sportwissenschaft, Schorndorf, S. 361-375.
- Sportministerkonferenz der Länder, Deutscher Sportbund & Deutscher Städtetag (SMK) (2002): Sportstättenbericht der Länder (Sportstättenstatistik), Berlin.
- Statistisches Bundesamt (2008a): Sonderauswertung der Jahresrechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008b): Fachserie 18 Reihe 1.4: Inlandsproduktsberechnung, Detaillierte Ergebnisse 2007. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2008c): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stuttgart.

